

Satzung

Des Lesben- und Schwulenverbandes

in Deutschland

Landesverband Bayern (LSVD Bayern) e.V.

§1

Name und Sitz

1. Der Verein führt den Namen "Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, Landesverband Bayern (LSVD Bayern) e.V., Kurzbezeichnung "Bayerischer Lesben- und Schwulenverband".
2. Sitz des Vereins ist München. Er ist in das Vereinsregister einzutragen.

§2

Vereinszweck

1. Zweck des Vereins ist die Unterstützung von Lesben und Schwulen, die wegen ihres geistigen oder seelischen Zustandes auf Hilfe angewiesen sind, weil sie
 - sich selbst ablehnen,
 - aus Angst vor Diskriminierung völlig isoliert leben,
 - es nicht wagen, sich gegen Verletzungen ihrer Menschen- und Bürgerrechte zu wehren,
 - aufgrund einer HIV-Infektion oder Aids-Erkrankung in Not geraten sind,und die nicht Mut haben, sich ihren Mitmenschen anzuvertrauen oder eine allgemeine Beratungsstelle aufzusuchen.

Diese Unterstützung gilt auch hilfsbedürftigen homosexuellen Jugendlichen und Senioren sowie den Eltern, den Partnerinnen und Partnern von Lesben und Schwulen, die mit dem Coming Out ihrer Kinder bzw. ihrer Partnerinnen und Partner nicht zurecht kommen und deshalb hilfsbedürftig sind.

Dieser Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere

- durch Einrichtung und Unterhaltung von oder Mitwirkung an örtlichen und überörtlichen Beratungseinrichtungen für Schwule und Lesben sowie für verheiratete Schwule und Lesben, ihre Partnerinnen und Partner,
- durch Einrichtung von und Mitwirkung an örtlichen und überörtlichen Gesprächskreisen für Lesben und Schwule, für Eltern von Schwulen und Lesben sowie für verheiratete Schwule, Lesben, ihre Partnerinnen und Partner,
- durch Einrichtung und Unterhaltung von oder Mitwirkung an örtlichen und überörtlichen Einrichtungen zur Betreuung und Pflege von Menschen mit HIV und AIDS,
- durch Schulung und Supervision der Beraterinnen, Berater, Gesprächsleiterinnen und Gesprächsleiter.

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke
3. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten als solche keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergünstigungen begünstigt werden

§3

Mitgliedschaft

1. Mitglieder des Vereins sind diejenigen (Einzel-) Mitglieder, korporativen Mitglieder (Gruppen-, Vereine und juristische Personen) und Fördermitglieder (natürliche und juristische Personen) des LSVD-Bundesverbandes, die ihren Wohnsitz bzw. Sitz im Freistaat Bayern haben, oder die ihre Zuordnung zum Landesverband Bayern gegenüber dem Bundesvorstand des LSDV erklärt haben.

Die Mitgliedschaft erfolgt automatisch durch Erwerb der Mitgliedschaft im LSVD-Bundesverband.

2. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt oder Ausschluß aus dem (Bundes-) LSVD oder durch Tod bzw. Auflösung.
3. Korporative Mitglieder haben auf Landesebene Rede-, Antrags- und Stimmrecht. Sie haben zur Ausübung des aktiven Wahlrechts eine Stimme. Sie haben kein passives Wahlrecht.
4. Fördermitglieder haben auf dem Verbandstag Rederecht, aber kein Antragsrecht, kein aktives oder passives Wahlrecht und kein Stimmrecht.

§4

Beiträge

1. Der Verein kann Beiträge erheben.
2. Höhe und Fälligkeit der Beiträge werden vom Verbandstag in einer Finanzordnung bestimmt.

§5

Untergliederungen des Vereins

1. Untergliederungen des Vereins können sich auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene bilden.
2. Die Untergliederungen verfolgen selbständig die in §2 dieser Satzung beschriebenen mildtätigen und gemeinnützigen Zwecke. Sie arbeiten auf der Grundlage des Programms und innerhalb der Satzung, Finanz- und Geschäftsordnung des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSDV) e.V..
3. Die Untergliederungen entscheiden auf ihren Mitgliederversammlungen über ihre Vertretungsorgane und die Höhe ihrer Beiträge. Die Untergliederungen können sich eine eigene Satzung geben und sich als rechtsfähige Vereine in das Vereinsregister eintragen lassen. Ihre Satzungen müssen Bestimmungen enthalten, die §2 und §12 entsprechen.

In ihrem Namen oder durch einen Namenszusatz muß deutlich werden, daß sie eine Untergliederung des Vereins sind. Die Satzung und Satzungsänderung bedürfen der Genehmigung durch den Bundesvorstand.

§6

Jugendorganisation

Mitglieder des Vereins, die Jugendliche oder junge Erwachsene sind, können sich in einer Jugendorganisation des Vereins organisieren. Hierbei ist das Einvernehmen zwischen Bundesvorstand und Jugendorganisation herzustellen. Die Mitglieder der Jugendorganisation können sich eine Satzung geben, die der Zustimmung des Bundesvorstandes bedarf. Die Regelungen für Gliederungen unter §5 gelten analog. Die Jugendorganisation erhält nach den Möglichkeiten des Vereins Mittel für ihre Arbeit.

§7

Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- der Verbandstag (Mitgliederversammlung),
- der Landesvorstand (Landessprecherinnen- und -sprecherrat).

§8

Verbandstag

1. Der Verbandstag ist das höchste Organ des Vereins.

2. Aufgaben

Zu den Aufgaben des Verbandstages gehören insbesondere

- Wahl- und Abwahl des Landesvorstandes,

- Wahl eines Kassenprüfers bzw. einer Kassenprüferin,
- Wahl eines Versammlungsleiters,
- Wahl eines Protokollführers,
- Entlastung des Landesvorstandes,
- Beschlußfassung über die Geschäfts- und Finanzordnung des Vereins einschließlich der Grundsätze über die Erstattung von Aufwendungen (Reisekosten),
- Beschlußfassung über Meinungsverschiedenheiten im Landesvorstand,
- Beschlußfassung über die Änderung der Satzung einschließlich des Vereinszwecks und des Programmes,
- Beschlußfassung über die Auflösung des Vereins,
- Beschlußfassung über Meinungsverschiedenheiten des Landesvorstandes und Untergliederungen des Vereins.

1. Einberufung

Mindestens einmal im Jahr findet ein ordentlicher Verbandstag statt. Der Landesvorstand ist zur Einberufung eines Verbandstages verpflichtet, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder wenn es von mindestens ein Fünftel der Vereinsmitglieder schriftlich und unter Angabe des Zweckes verlangt wird.

2. Einladung

Der Verbandstag wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von 2 Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt den Mitgliedern als zugegangen, wenn es an die letzte, dem Verein bekannt gegebene Anschrift gerichtet war.

3. Anträge

Über Anträge auf Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung entscheidet der Verbandstag. Anträge über die Abwahl des Landesvorstandes, über die Änderung der Satzung einschließlich der Veränderung des Vereinszwecks und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen waren, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Beschlüsse zur Änderung von Satzung und über die Abwahl des Landesvorstands benötigen eine 2/3-Mehrheit des Verbandstages, alle anderen Beschlüsse werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit gefaßt. Beschlüsse über die Änderung der Satzung treten erst nach Genehmigung durch den Bundesvorstand des LSVD in Kraft.

4. Protokoll

Über die Beschlüsse des Verbandstages ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Protokollführer bzw. von der Protokollführerin sowie von der Versammlungsleiterin bzw. vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist.

5. Antragsrecht

Die Geschäftsordnung kann das Antragsrecht an eine Mindestzahl von Unterschriften persönlicher Mitglieder binden. Organe, Gliederungen, von Verbandstag oder Bundesvorstand eingesetzte Kommissionen, die Jugendorganisation und korporative Mitglieder haben Antrags- und Rederecht auf dem Verbandstag.

6. Geschäftsordnung

Das nähere regelt die Geschäftsordnung.

§9

Zusammensetzung des Verbandstages

Der Verbandstag tritt als Mitgliederversammlung zusammen.

§10

Landesvorstand (Landessprecherinnen- und -sprecherrat)

1. Der Landesvorstand besteht aus mindestens drei gleichberechtigten Sprecherinnen und Sprechern, darunter der Schatzmeisterin bzw. dem Schatzmeister. Der Anteil der Frauen im Landesvorstand soll mindestens dem Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft entsprechen.
2. Der Landesvorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Jeweils zwei seiner Mitglieder sind gemeinsam vertretungsberechtigt.

3. Der Landesvorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Er faßt seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Beschlüsse werden protokolliert und das Protokoll wird von einem Vorstandsmitglied unterzeichnet.
4. Der Landesvorstand wird auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Der Landesvorstand bleibt solange im Amt, bis ein neuer Landesvorstand gewählt ist.
5. Scheidet ein Vorstandsmitglied durch Tod oder Rücktritt vorzeitig aus, kooptiert der Vorstand ein Mitglied. Es bedarf der Bestätigung durch den nächsten Verbandstag. Scheidet im Laufe einer Wahlperiode mehr als die Hälfte der Landesvorstände aus, muß binnen 8 Wochen ein Verbandstag zusammentreten.
6. Die Abwahl eines einzelnen Landesvorstandsmitglieds kann nur wegen verbandsschädigendem Verhalten erfolgen.
7. Über personelle Veränderungen im Landesvorstand sollen die Mitglieder schnell unterrichtet werden.
8. Der Landesvorstand kann Kommissionen als Arbeitsgemeinschaften einsetzen, die ihn bei seiner Arbeit Unterstützung.
9. Der Landesvorstand kann Beauftragte zur Wahrnehmung der Vereinsinteressen für bestimmte Gebiete und Aufgaben einsetzen.
10. Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts-, und Finanzbehörden oder wohlfahrtspflegerischen Dachorganisationen oder vom LSVD-Bundsvorstand aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Landesvorstand von sich aus vornehmen. 11. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

§11

Geschäftsjahr und Rechnungslegung

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr endet am 31. Dezember des Gründungsjahres.
2. Der Landesvorstand hat bis zum 31. März jeden Jahres für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluß aufzustellen.
3. Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt durch den vom Verbandstag bestimmten Kassenprüfer bzw. durch die vom Verbandstag bestimmte Kassenprüferin.

§12

Auflösung des Vereins

1. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen an den Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e. V. in Berlin, sofern der Verein in diesem Zeitpunkt als besonders förderungswürdig oder mildtätig anerkannt ist. Der Verein hat das Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke im Sinne des §2 dieser Satzung zu verwenden.
2. Sollte der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e. V. bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht als besonders förderungswürdig oder mildtätig anerkannt sein, fällt das Vermögen an den PARITÄISCHEN Wohlfahrtsverband (Gesamtverband) in Frankfurt am Main.